

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Eigentlich sollte die zurückliegende Sitzungsw-
che des Bundestages allein den Haushaltsbera-
tungen für 2024 dienen. Es kam anders - weil das
Bundesverfassungsgericht den rot-grün-gelben
Haushaltstricksereien einen Riegel vorschob.
Stattdessen hieß es für Koalition und Regierung
Nachsitzen wegen eines Nachtragshaushalts für
das laufenden Jahr.

Nach dem öffentlich ausgetragenen Streit macht
es sich die Ampelkoalition am Ende einfach: Man
ruft neuerlich eine Notlage aus – und macht
noch einmal kräftig zusätzliche Schulden. Damit
fällt allerdings auch der Schleier des Finanzminis-
ters als Herr ordentlicher Finanzen.

Der Nachtragshaushalt 2023 wurde in dieser
Woche erstmals in Bundestag beraten. Dass zehn
Milliarden Euro für die Aktienrente gestrichen
wurden, hat nichts mit Sparwillen, sondern mit
Koalitionswitz zu tun. Der Ampel-Schuldenberg
ist jetzt transparent: 70,6 Milliarden statt 25,8
Milliarden Euro neue Schulden. Noch unklar bis-
lang: Das Schicksal des Haushalts für 2024. Mehr
dazu in diesem Newsletter.

Wo scheinbar große Geldknappheit herrscht, ist
die Forderung nach höheren Steuern nicht weit.

So auch jetzt wieder. Besonders beliebt dabei die
Erbchaftssteuer. Für sie spricht: hoher Sozial-
neidfaktor; dagegen: wenig Ertrag bei hohem
Aufwand. Hier geht es zu meiner [Rede](#).

Nach Monaten legte die Ampel ein Gesetz zur
erleichterten Rückführung abgelehnter Flüchtlin-
ge und Asylbewerber vor. Es soll die Vereinba-
rung von Bund und Ländern vom Mai (!) umset-
zen. Das Innenministerium selbst rechnet nur mit
jährlich 600 zusätzlichen Abschiebungen.

Neues Förderdesaster beim Wohnungsbau: Die
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat vier
Förderprogramme gestoppt. Kein Geld mehr.
Betroffen: genossenschaftlicher Wohnungsbau,
altersgerechter Umbau von Wohnungen, ener-
getische Quartierskonzepte und das Härtefall-
programm Wohnungsunternehmen.

Gute Nachrichten kamen dagegen aus Karlsruhe:
Das Bundesverfassungsgericht verwarf die Klage
von FDP, Grünen und Linken gegen die Ände-
rung des Bundeswahlgesetzes aus dem Jahre
2020. Die Begründung in Kurzform finden Sie
[hier](#).

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel
Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Weiter Ratlosigkeit bei der Ampel



Mit dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts hat die rot-grün-gelbe Bundesregierung die Quittung für ihre Haushaltstricksereien erhalten. Wer von der Regierungserklärung des Bundeskanzlers in dieser Woche indes Hinweise darauf erwartete, wie seine Regierung ihre Haushaltspolitik neu – und damit verfassungsgemäß – ordnen will, sah sich enttäuscht. Kein Wort dazu, wo und wie gespart werden soll. Kein Ausblick auf 2024 und die Jahre danach. Die Rede geriet zu einer nichtssagenden Pflichtübung. Olaf Scholz machte nicht einmal den Versuch, mit seiner Rede Funken zu schlagen – ein Dokument rot-grün-gelber Zerstrittenheit.

Stattdessen las Scholz Selbstverständlichkeiten vom Blatt ab – etwa den Hinweis, dass alle gesetzlich und vertraglich festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt werden. Er behauptete gar, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts habe eine neue Wirklichkeit geschaffen. Als sei das Urteil wie eine unberechenbare Naturgewalt über die Ampelkoalition hereingebrochen. Dabei hatte es genügend warnende Stimmen gegeben – allen voran vom Bundesrechnungshof.

Bemerkenswert an der Debatte: Koalitionsredner verlangten von CDU und CSU Lösungen für die von der Ampel zu verantwortende Haushaltskrise. SPD, Grüne und FDP wollen für ihren Scher-

benhaufen offenbar weiter keine Verantwortung übernehmen. Lieber ergingen sich SPD und Grüne in Planspielen für das Schleifen der Schuldenbremse, als sei diese Schuld am Verfassungsbruch. Tatsächlich sind die Ampelparteien daran gescheitert, dass sie sich nicht auf eine finanzierbare Arbeitsgrundlage verständigen konnten und versuchten, die Differenzen mit Schulden zuzuschütten, ohne dass es nach fortgesetztem Schuldenmachen aussieht.

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat deutlich gemacht, dass es mit der Union kein Rütteln an der Schuldenbremse geben wird. Es gehe um Nachhaltigkeit in den Staatsfinanzen. Nachfolgenden Generationen dürfen nicht durch aktuelles Schuldenmachen die Gestaltungsspielräume genommen werden. Und Merz mahnte mit Blick auf die Debatte um die Zukunft der EU-Währungsunion: „Wenn in Deutschland die Dämme brechen, werden sie auch in allen anderen Ländern der Währungsunion nicht halten.“ Zugleich streckte er die Hand zur Zusammenarbeit aus: „Wenn Sie mit uns reden wollen, wie wir das gegebenenfalls gemeinsam auf den Weg bringen, dann kommen Sie gern zu mir.“



Sebastian Brehm: „Der Bundeskanzler hat keine Antwort auf die Herausforderungen des Haushalts 2024 gegeben. Dafür gab es viel Selbstlob für angebliche Erfolge der eigenen Politik, aber keine Perspektive für die Menschen. Das ist nicht der Weg, der unser Land voranbringt.“

Wie umgehen mit der chinesischen Herausforderung



Nach langem Streit hat die Bundesregierung eine China-Strategie beschlossen. Doch das Ergebnis ist unbefriedigend. Denn um konkrete Aussagen drückt sich die Ampel in vielen Bereichen - insbesondere wenn es um sicherheitsrelevante Wirtschaftsbeziehungen geht. CDU und CSU wollen diese Lücke mit einer „Kommission zur Überprüfung der Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen zwischen Deutschland und China“ schließen. Ein entsprechender [Antrag](#) wurde in dieser Woche im Bundestag beraten.

Ziel der Initiative ist eine umfassende Prüfung, wie angesichts eines sich ändernden handels- und geopolitischen Umfelds die Sicherheit und Verlässlichkeit der Wertschöpfungsketten sowie der Energie- und Rohstoffimporte im Rahmen der nationalen und europäischen Sicherheit verbessert werden können.

Die Kommission soll zunächst die rechtliche, wirtschaftliche und politische Prüfung eines entsprechenden Handlungsbedarfes etwa im Außenwirtschaftsrecht vornehmen. Darauf aufbauend sollen konkrete Handlungsoptionen formuliert werden, die in förmliche Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.



Sebastian Brehm: „Die Auswirkungen der Corona-Krise sowie die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben vielen Menschen

vor Augen geführt, wie wichtig es ist, sich nicht in eine komplette Abhängigkeit zu einzelnen Drittstaaten zu begeben.“

Wissenschaftszusammenarbeit in Gefahr

DAAD

„Wir werden die institutionelle Förderung von dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) analog zum

Pakt für Forschung und Innovation erhöhen“, versprach Rot-Grün-Gelb im Koalitionsvertrag. Zwei Jahre später ist davon nichts zu sehen. Im Gegenteil: Die Ampel kürzt den beiden weltweit anerkannten deutschen Vermittlerorganisationen die Mittel - mit weitreichenden negativen Folgen für Wissenschaft und Forschung in Deutschland.

[CDU und CSU fordern einen Kurswechsel.](#)

Die Humboldt-Stiftung hat bereits öffentlich Konsequenzen für ihr Fördergeschäft angekündigt. Man werde absehbar pro Jahr



Alexander von
HUMBOLDT
STIFTUNG

mehr als 100 Stipendien weniger vergeben können. Außerdem müsse u.a. das prestigeträchtige Bundeskanzler-Stipendium für Nachwuchsführungskräfte eingestellt werden. Demnach wird für das Jahr 2024 die Zahl der Stipendien halbiert und bereits im Folgejahr keine neue Bewerbungsrunde mehr stattfinden.

Der Haushalt des DAAD, der weltweit größten Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern, soll im nächsten Jahr nach dem Willen der Ampelkoalition um 6,7 Millionen Euro gekürzt werden. Die Folge: schmerzhaftes Einschnitte bei zentralen DAAD-Aktivitäten. Allein rund 6.000 Stipendien stehen auf der Kippe.

Sebastian Brehm: „Der Wegfall tausender Stipendien bedeutet verpasste Chancen für gute Ideen



und tausende verpasste Chancen, lebenslange Freunde in Wissenschaft und Forschung in aller Welt zu finden. Mit ihrem Kürzungskurs gefährdet die

Ampel aber auch die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.“

Psychisch Erkrankten besser helfen



© Pornpak Khunatorn/iStock

Viele Erwachsene, aber auch Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden unter einer psychischen Erkrankung. Während der Corona-Pandemie hat sich dies nochmals verstärkt. Eine frühzeitige Diagnostik und Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sind von

zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Therapie. Aber immer noch müssen Erkrankte zu lange auf Hilfe warten. Der Bundesgesundheitsminister verharnt tatenlos. CDU und CSU bringen jetzt mit einer [Bundestagsinitiative](#) Bewegung in die Sache.

Der Antrag enthält ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung von psychisch Kranken, zum Abbau von Wartezeiten und insbesondere zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten, wohnortnahen Versorgung sowohl ambulant wie stationär und sektorenübergreifend. Das betrifft die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung, Reformen zur bedarfsgerechten stationären Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Auf- und Ausbau der psychischen Krisen- und Notfallversorgung sowie der Ausbau der Studienangebote in den Bereichen Psychiatrie, Psychosomatische Medizin und Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Polizei bei ihrer Arbeit stärken

Eigentlich sollte eine Modernisierung der polizeilichen IT-Infrastruktur den Austausch polizeilicher Informationen zwischen den Polizeien des Bundes und der Länder künftig erleichtern. Doch nun hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser Bundeskriminalamt und Bundespolizei die Einführung Analyse-Plattform „Bundes-VerA“ zur Verbesserung der Analysefähigkeit der Polizeibehörden im Kampf gegen schwere und organisierte Kriminalität untersagt. Stattdessen soll ein polizeiliches Analysetool „in eigener digitaler Kompetenz“ entwickelt werden. Zeitplan unbekannt.

Sebastian Brehm: „Faesers Entscheidung ist ein Rückschlag im Kampf gegen schwere und schwerste Kriminalität. Wir verlieren wertvolle

Zeit. Die Polizeien von Hessen und Nordrhein-Westfalen nutzen VeRA bereits erfolgreich.“

Sozialpolitischer Buß- und Bettag 2023



Beim schon traditionellen „Sozialpolitischen Buß- und Bettag“ in der Peterskirche habe ich verdeutlicht, dass wir nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht über immer neue Steuer- und Abgabenerhöhungen sprechen, sondern die Ausgaben des Bundeshaushalts kritisch unter die Lupe nehmen müssen. Der Staat kann mit seinen Einnahmen auskommen, wenn sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Wenn etwa Milliarden an Konzerne für neue Chip-Fabriken fließen sollen, gleichzeitig bei berufsvorbereitenden Maßnahmen für jugendliche Flüchtlinge gekürzt wird, ist dies das falsche Signal.

Mit dem Brehm.mobil unterwegs



Das Brehm.mobil ist wieder im Einsatz. Auf dem Johann-Adam-Reitenspieß-Platz in Zabo stehe ich Ihnen am 7. Dezember 2023 in der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr mit meinem Brehm.mobil persönlich für Fragen und Anliegen zu meiner Arbeit im Deutschen Bundestag zur Verfügung.

Sollten Sie vorab bereits Fragen zu meiner parlamentarischen Arbeit haben, können Sie mir diese gerne per E-Mail zukommen lassen unter: sebastian.brehm@bundestag.de. **Ich freue mich auf Sie!**

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.